

Gruppe A

Aufgabe 1) Klärt die Lage der Firma Opel

5 General Motors (GM), der amerikanische Mutterkonzern von Opel befindet sich in einer existenzbedrohenden Lage. Durch ihn hat Opel aufgrund von langwierigem, schlechtem Management finanzielle Verluste und technologische Defizite erlitten.

10 In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise schiebt GM seine Engpässe auf die Tochtergesellschaft Opel ab, um das eigene Bestehen so gut es geht zu retten. Allein im letzten Jahr wurde ein Verlust von ca. 30,9 Mrd. \$ verzeichnet. Und obwohl Opel selbst gut gewirtschaftet hat, steckt die Firma jetzt in der Krise. Eine Möglichkeit zur Hilfe Opels sind Bürgschaften. Vorteil hierbei ist, dass diese nur in Kraft treten, falls Kredite ausfallen. Ein weiterer Lösungsweg wäre die teilweise, zeitlich beschränkte Verstaatlichung um sich entweder vom Mutterkonzern unabhängig zu machen oder nach überstandener Krise an einen privaten Investor weiter zu verkaufen. Eine unwahrscheinliche Möglichkeit wäre zudem, dass GM es schafft sich selbst zu sanieren und damit Opel zu retten.

15 Fest steht aber, dass ein Kapital- und Finanzbedarf für die nächsten zwei Jahre von etwa 3,3 Mrd. Euro besteht und somit baut und hofft Opel auf die finanzielle Hilfe vom deutschen Staat bzw. Steuerzahler. Für den Fall, dass der Staat sich nicht bereit erklärt zu helfen, stünde hingegen eine Schließung bevor, die den Verlust von 25.000 – 26.000 Arbeitsplätzen bedeuten würde. Rechnet man Zulieferer und Händler hinzu, steigt die Zahl um weitere 55.000 Stellen.

20 Dies sind zu vermeidende Umstände, doch für die Regierung muss das Wirtschaftskonzept von Opel überzeugend sein. Diese drei Bedingungen sind zu erfüllen:

- Eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung (u.a. aufgrund der Überkapazität an Autos)
- Unabhängigkeit von GM und langfristig auch vom Staat
- Die Staatshilfe darf anderen Autohändlern nicht schaden

25 Des Weiteren ist der Mutterkonzern bereit Geld- und Sachdienstleistungen wie Patente an Opels neue Firmenstruktur abzutreten.

Aufgabe 4) Entscheidet begründet, wie ihr euch als Regierung verhalten würdet.

Wir als Regierung sind dagegen, Opel durch staatliche Hilfe zu unterstützen.

Um diese Entscheidung zu rechtfertigen, möchten wir nun einige Gründe aufführen.

30 Zunächst ist unklar, inwiefern die Staatshilfe wirklich nur Opel unterstützen würde und nicht doch in den USA landet.

Darüber hinaus würde es den Marktwettbewerb in Deutschland verzerren. Die EU-Rechte verbieten staatliche Unterstützungen einzelner Unternehmen, denn dies würde in diesem Fall Opel Vorteile gegenüber wirtschaftlich stabilen Konkurrenten einräumen.

35 Aufgrund der ohnehin weltweit bestehenden Überkapazität in der Autoindustrie könnte die, bei einem Wegfall Opels, entstandene Lücke problemlos durch andere Autohersteller geschlossen werden.

40 Ein Rückschlag wäre natürlich die aufsteigende Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Kosten. Die Kosten die der Staat durch die potenziellen Arbeitslosen tragen müsste, belaufen sich auf etwa 708.750.000 Euro pro Jahr. Das ist im Gegensatz zu den 3,3 Milliarden Euro immer noch ein recht geringer Betrag. Zu guter letzt kommt noch hinzu, dass die Staatskasse durch das derzeitige Konjunkturpaket ohnehin schon zusätzlich belastet ist.

Gruppe B

Teilaufgabe 1:

- Opel ist durch die Finanzkrise und aufgrund von Verkalkulierung (z.B. Autoüberkalkulation) in einen finanziellen Engpass geraten. Die Folgen können gravierende Nachteile mit sich bringen, denn Opel beschäftigt in Deutschland derzeit 25.000 Mitarbeiter. Würde der Konzern pleite gehen, würden diese Beschäftigten wahrscheinlich auf längere Sicht arbeitslos sein – eine Übernahme von anderen Autobauern ist momentan nicht zu erwarten, da diese selbst durch die Finanzkrise Einschränkungen hinnehmen müssen.
- 5 Gehofft wird auf die Hilfe des Staates, durch ein 3.3 Milliarden € schweres Hilfspaket. Dieser möchte jedoch erst einmal prüfen, ob es sinnvoll und rentabel wäre, den Konzern zu unterstützen. Der Staat fordert eine Abkopplung Opels von GM, da die Angst besteht, das Geld würde nicht Opel, sondern dem Mutterkonzern zugute kommen. Eine komplette Abkopplung würde aber nicht in Frage kommen, da GM Opels Patente und Rechte besitzt.
- 10 Auch von seinem Mutterkonzern erhofft sich Opel eine 3 Milliarden € Finanzspritze. Es ist allerdings fraglich, ob GM diese Summe überhaupt aufbringen könnte, da der Konzern selber in der Krise steckt. Außerdem soll durch die Lohnkürzung der Mitarbeiter eine weitere Milliarden eingespart werden.
- 15

Teilaufgabe 4:

- Wir als Regierung lehnen es ab, dem Autobauer Opel ein 3,3 Milliarden € Hilfspaket zukommen zu lassen. Zwar würde Opel für Erste geholfen sein, jedoch ist eine langfristige Sicherung des Konzerns unserer Ansicht nach dadurch nicht gegeben. Das größte Problem stellt dabei für uns der Mutterkonzern GM dar. Unsere Sorge besteht darin, dass das Geld dem in Amerika sitzenden Teil des Konzerns zufließen würde. Eine vollständige Abkopplung Opels von GM wäre daher zwingend, ist aber nicht realisierbar, da GM über Opels Patente und Rechte verfügt. Ein anderer Aspekt, der
- 20 gegen unsere Unterstützung spricht, ist, dass Deutschland ein demokratischer Staat ist und somit jeder andere Betrieb auch ein Anrecht auf unsere Hilfe hätte. Diese können wir allerdings nicht gewährleisten, da die dafür nötigen Summen nicht vorhanden sind.
- 25 Die deutsche Marktwirtschaft sollte unabhängig vom Staat funktionieren. Ein Eingriff würde sie deshalb verzerren und ihren Kreislauf ins Stocken bringen.

Gruppe C

Aufg. 1: Derzeitige Lage der Firma Opel

Die 1862 gegründete Adam Opel GmbH hat innerhalb Deutschlands vier Produktionswerke zu verzeichnen. Der Unternehmenssitz, welcher drei Eigentümer besitzt, liegt in Rüsselsheim.

- 5 Zwei andere Opel-Werke liegen in Bochum und Kaiserslautern und sind Zweigniederlassungen der Adam Opel GmbH (Rüsselsheim).

Das Opel – Werk Rüsselsheim gehört zu 64, 3 % GM Automotive Holdings (Spain), zu 26, 9 % GM Europe Holdings (Spain) und zum restlichen Prozentsatz GM Corporation (USA). Das übrige Opel – Werk Eisenach ist rechtlich gesehen die einzig selbstständige Tochtergesellschaft bzw.

- 10 liegen demnach überwiegend die Besitzansprüche bei dem US-amerikanischen Automobilkonzern General Motors selbst.

Das Unternehmen Opel steht nun vor einem wirtschaftlichen Aus. Trotz der finanziell ebenso schlechten Lage des Eigentümers GM, trägt Opel nach Expertenaussagen ein Drittel Schuld mit zur eigenen finanziellen Krise bei. Opel hat für den Markt und der dort herrschenden Nachfrage
15 unpassend produziert. Daraus folgen nun Konsequenzen für die Arbeitnehmer von Opel durch Lohnkürzungen, Kurzarbeit bzw. letztendlich Arbeitslosigkeit. Denn das Unternehmen hat sich vor drohender Insolvenz und eventueller Werkschließung zu fürchten.

Zum Erhalt der deutschen Traditionsmarke hat Opel jetzt einen Rettungsplan erstellt, indem das Unternehmen sich 3,3 Milliarden finanzielle Hilfe vom Staat, ebenso 3 Milliarden von

- 20 General Motors und sich dazu noch 1 Milliarde durch Lohnkürzungen seiner 25. 000 großen Belegschaft (4.000 Euro / Kopf) erhofft. Da GM sämtliche Technologiepatente besitzt, bliebe Opel weiterhin abhängig vom bankrotten Konzern GM. Es gibt also weder Aussicht auf Eigenständigkeit noch einer Stabilisierung der momentanen Verhältnisse durch den Markt selbst. Deshalb möchte sich Opel von GM loslösen, indem GM nur Anteilseigner wird. Opel
25 kann so aber immer noch von den Technologien und der Konzerngröße GMs profitieren.

Aufgabe 4: Entscheidet begründet, wie ihr euch als Regierung verhalten würdet.

- 30 Aufgrund der Komplexität dieser Frage haben wir sie in zweigeteilt. Zum einen der ökonomische Aspekt zum anderen den sozialen, welche sich interessanterweise beide im Namen unseres Wirtschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft wiederfinden. Hier jedoch kollidieren sie.

Eine Rettung Opels erscheint aus ökonomischer Sicht sinnlos. Gründe sind zum einen die Lage des gesamten Automarktes und die daraus resultierenden Chancen des Unternehmens am
35 Markt, zum anderen die komplizierte Unternehmensstruktur als hundertprozentiges Tochterunternehmen des amerikanischen Großkonzern General Motors.

Knapp dreieinhalb Milliarden – Der Preis für Opel?

- 40 Zunächst also zu den Aussichten Opels im Falle einer Rettung. Würde man die auf den Plan gerufenen 3,3 Mrd € zahlen, würde dieses Geld Opel im besten Falle vor der Insolvenz retten, den Konzern aber nicht automatisch wieder wettbewerbsfähig machen. Der Markt ist momentan dermaßen überfüllt, dass Opel keine Chance hätte. Diese Anfangsinvestition des Staates würde einen Rattenschwanz an Folgekosten hinter sich her ziehen, was sich früher oder später in einer Mehrbelastung des Steuerzahlers niederschlagen würde. Eine Rettung
45 würde den Absatz nicht steigern, der Markt würde nicht angekurbelt, sondern durch einen weiteren Anbieter nur noch mehr überschwemmt werden. Opel scheint nicht zu retten.

Eine staatliche Rettung ist nicht möglich

- 50 Doch bevor es zu diesen Problemen käme stünde man vor ganz anderen Aufgaben. Wie soll Opel geholfen werden beziehungsweise was soll aus dem Unternehmen werden? Hierbei gibt es mehrere Alternativen. Zunächst die völlige Abspaltung Opels von GM. Außerdem eine Art

Finanzspritze für die Opel AG. Das Problem hierbei: Opel kann ohne das Know-How und die Entwicklungsabteilungen GMs am Markt nicht bestehen. Opel aus dem GM-Konzern „herauszukaufen“ würde also zum Ruin des Unternehmens führen. Andererseits kann der Staat solange nicht wirksam eingreifen, wie GM mehr als 50% der Opelanteile hält. Eine
5 Finanzspritze würde nicht dort ankommen wo man sie haben wollte, da GM, aufgrund der Mehrheit der Opelanteile, entscheiden dürfte wo sie ankommen soll. Um hier Mitspracherecht zu haben müsste der Staat Opel kaufen. Nicht nur ein hohes Risiko, sondern auch unwahrscheinlich, denn warum sollte GM seine Mehrheit bei Opel abgeben. Man bräuchte einen anderen gesunden Konzern, der Opel von GM abkauft. Einen solchen Käufer zu finden und
10 gleichzeitig GM zu überzeugen, dass sie verkaufen sollen erscheint allerdings als Ding der Unmöglichkeit.

Das Rettungspaket würde also voraussichtlich keine positive Wirkung zeigen, das Geld nicht ankommen sondern vielmehr verpuffen.

Auch das Argument, dass durch die Pleite Opels eine wesentliche Mehrbelastung des
15 Haushaltes durch 25000-37500 mehr Arbeitslose mit Hartz IV-Anspruch auf den Staat zukomme kann so nicht stehen bleiben. Nimmt man allein die 3,3 Mrd € Soforthilfe, so würde dies ausreichen um diese Arbeitslosen acht Jahre lang zu versorgen.

Wirtschaftlich ist die Rettung Opels also aus unserer Sicht nicht zu vertreten. Das finanzielle Risiko kann ein hochverschuldetes Land wie Deutschland nicht aufs Spiel setzen. Die
20 Wahrscheinlichkeit einer Besserung der Lage bei Opel ist zu gering als dass man es versuchen sollte.

Rettung von Arbeitsplätzen – Pflicht der sozialen Marktwirtschaft?

Doch nennt sich Deutschland einen Staat mit „sozialer Marktwirtschaft“. Das „sozial“ haben wir
25 bisher ausgeblendet. Hier ist die Forderung legitim, dass der Staat nicht zugucken soll, wenn die Existenzen von 25000 Mitarbeitern inklusive der dazugehörigen Familien durch Arbeitslosigkeit ins Wanken geraten. Außerdem wurde der Hypo-Real-Estate mit 100 Mrd € geholfen. Warum dann nicht die geradezu klein wirkenden 3,3 Mrd für ein Traditionsunternehmen wie Opel?

Wir als Bundesregierung würden nicht helfen, zum einen aus den finanziellen Gründen, aber
30 auch um ein Exempel zu statuieren. Natürlich kann dies die Unsicherheit der Bevölkerung steigern oder gar Unmut über die Asozialität des Staates heraufbeschwören und niemanden lässt es kalt, wenn tausende Menschen entlassen werden. Allerdings ist es auch ein Machtwort in Richtung der deutschen Unternehmen. Es kann nicht sein, dass man über die Maße und
35 realitätsfremd wirtschaftet und dann vom Staat verlangt, dass dieser für die eigenen Fehler aufkommt.

Die Verantwortung der Unternehmen

Die Konzerne müssen für das gerade stehen, was sie gemacht haben. Hier gehen wir in die
40 Opposition zu Keynes, der für das Staatseingreifen plädiert. Jedoch können wir nicht akzeptieren, dass einer Firma die sich zu großen Teilen auch selbst in die Misere manövriert hat auch noch geholfen wird. Das ist zwar auf der einen Seite sozial, doch verzerrt es den Wettbewerb ungemein. Realitätsnah wirtschaftende Betriebe würden vor den Kopf gestoßen, quasi benachteiligt und das Recht auf wirtschaftliche Gleichheit in Mitleidenschaft gezogen.
45 Außerdem wäre ein Rettungskurs auf lange Sicht finanziell nicht zu verkraften. Dem Beispiel Opels würden, auf das Recht der Gleichberechtigung pochend, weitere Konzerne folgen. Dementsprechend darf, so heftig es für die Mitarbeiter der Opel-Werke auch wäre, hier nicht geholfen, sondern gezeigt werden wo Schluss ist um den Großakteuren auf der wirtschaftlichen Bühne zu klar zu machen, dass vor allem auch sie Verantwortung tragen und der Staat nicht
50 bereit ist ihnen diese abzunehmen.

Gruppe D

Aufgabe 1:

Die Krise der Firma Opel begann nicht erst mit der Weltwirtschaftskrise seit 2008. Opel bzw. der Mutterkonzern General Motors hatte seit Jahren ein falsche Modellpolitik. Sie bauten große Autos, die viel Benzin verbrauchten, doch seitdem das Benzin immer teuer wurde, waren benzinsparende Autos und erneuerbare Energien gefragt. General Motors erkannte dies nicht bzw. erst zu spät. So macht General Motors und damit auch Opel seit Jahren Verluste. Außerdem verkalkulierte sich GM beim Kauf von der schwedischen Autofirma Saab. Ein weiteres Problem der Firma Opel ist, dass sie Marktanteile verloren und ein Imageproblem haben, was ebenfalls durch falsche Modellpolitik hervorgerufen wurde.

Die Weltwirtschaftskrise verschärfte die Situation von GM und Opel. Durch die Immobilienkrise in den USA kamen die Banken in Schwierigkeiten, sodass sie den Firmen und damit auch General Motors keine Kredite mehr geben konnten. Die Wirtschaft heutzutage lebt allerdings von Krediten und ohne weitere Kredite kann General Motors nicht überleben. Des Weiteren hat General Motors Schulden bei Opel im Wert von 300 Millionen Euro, wie aus dem jüngsten Geschäftsbericht aus 2007 bekannt wurde.

Im Fall einer Insolvenz wäre es schwierig für Opel nicht selbst insolvent zu gehen und sich aus seinem Mutterkonzern zu lösen. Um dies zu verhindern hat Opel einen Rettungsplan entwickelt und damit verbunden eine Finanzspritze beim Staat beantragt um sein Überleben zu sichern.

Wenn der Staat dem Rettungsplan zustimmt würde Opel 3,3 Milliarden Euro vom Staat bekommen. Jedoch nur unter Einhaltung der Bedingungen, die der Staat stellt. Zum Beispiel darf das Geld nur Opel zugute kommen und nicht zu GM gelangen. Ebenso muss sichergestellt werden, dass die Probleme Opels nur durch die aktuelle Krise entstanden sind und dass Opel durch die staatliche Unterstützung in Zukunft weiterhin bestehen kann. Hinzukommt, dass zunächst einmal klare Verhältnisse zwischen Opel und GM geschaffen werden müssen, da zur Zeit nicht sicher ist, wem die Produktionsmittel in Deutschland und die Patente gehören. Unter den gegebenen Umständen ist das Loslösen von GM sehr schwierig.

Würde der Staat allerdings den Rettungsplan ablehnen, dann würde Opel, so wie es momentan aussieht, insolvent gehen und die 29.900 Opel-Beschäftigten würden arbeitslos werden. Ebenso bei Zuliefererbetrieben würden Arbeitslose entstehen.

Die Vor- und Nachteile des Rettungspaketes gilt es nun abzuwägen. Eine Entscheidung der Bundesregierung wird Anfang April erwartet.

Aufgabe 4:

Wir als Regierung stimmen dem Rettungsplan und somit der finanziellen Unterstützung für Opel durch den deutschen Staat nicht zu. Es ist nicht die Aufgabe des Steuerzahlers und damit die des Staates private Firmen zu retten, denn Aufgabe des Sozialstaates ist es, die Arbeitslosen abzusichern.

Anders als bei den Banken, die von entscheidendem Gewicht für die Wirtschaft sind, wäre das Verschwinden Opels vom Markt verkraftbar und würde die Stabilität des Marktes nicht groß gefährden. Zwar würde durch die finanzielle Unterstützung Opels das Stabilitätsgesetz in einigen Punkten erfüllt werden, denn es besagt, dass Bund und Länder ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen so zu treffen haben, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen

- Ordnung zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohem Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht beitragen. Es würden zum Beispiel die meisten der Arbeitsplätze durch eine finanzielle Unterstützung gerettet werden und die Bevölkerung wäre wahrscheinlich kurzfristig befriedigt, jedoch kann es ein, dass das Geld nicht ausreicht, um die
- 5 Firma zu retten, sodass sie noch mehr Unterstützung vom Staat benötigen (schwarzes Loch). Außerdem muss durch die Überproduktion in der Branche, selbst bei einem erfolgreichen Sanierungsmodell mit einem Verlust von bis zu 8.000 der rund 50.000 Arbeitsplätze in Europa gerechnet werden.
- Hinzu kommt, dass die Unterstützung für Opel ein Eingriff in den Wirtschaftskreislauf wäre und
- 10 Opel im Gegensatz zu anderen Firmen einen Vorteil hätte. Außerdem könnte es dazu führen, dass andere private Firmen ebenfalls um finanzielle Unterstützung durch den Staat bitten würden, jedoch kann der Staat nicht jede Firma durch finanzielle Mittel unterstützen, weil das Geld dazu fehlt. Der bereitgestellte 100-Milliarden-Rettungsfond ist genau für solche Fälle gedacht. Deswegen weisen wir die Firma Opel darauf hin, dass sie Gelder aus diesem Fond beantragen
- 15 kann, wenn sie Hilfe vom Staat benötigt. Jedoch können wir nicht garantieren, dass die geforderten 3,3 Milliarden Euro auch gewährt werden.
- Alles in einem kann man sagen, dass eine Welt ohne Opel mit Sicherheit in der Lage ist zu existieren, auch wenn sich die Opelfahrer und auch die 29.900 Beschäftigten in Deutschland sich dieses bestimmt nicht vorstellen können und die Pleite für sie ein schrecklicher Verlust wäre. Der
- 20 Staat sollte große Firmen jedoch nur retten, wenn ihr Zusammenbrechen das Finanzsystem gefährden würde, was in diesem Fall nicht gegeben ist und falls es zu einer Pleite vom Opel kommen sollte, wird der Sozialstaat sich um die Absicherung der arbeitslosen Opelianer kümmern.

Gruppe E

1.a. Geschichte und Hintergründe der Adam Opel GmbH

- 25 Die Firma Opel wurde 1862 gegründet und stellte anfangs Nähmaschinen her. 1886 verließ das erste Opel-Fahrrad die Fabrik an der Trasse der Mainbahn. 1898 begannen seine Söhne mit dem Automobilbau. Im Jahr 1928 übernahm Opel dann die Aktienmehrheit an den Diamant Fahrradwerken aus Chemnitz. Opel war 1928 mit 44 Prozent aller produzierten Kraftfahrzeuge größter Fahrzeughersteller im Deutschen Reich.
- 30 Am 3. Dezember 1928 erfolgte die Änderung der Rechtsform des Unternehmens von einer Kommanditgesellschaft in eine Aktiengesellschaft. Das Grundkapital betrug 60 Millionen Reichsmark. Am 17. März 1929 verkauften Wilhelm von Opel und sein Bruder Friedrich Opel zunächst 80 Prozent der Unternehmensanteile an den amerikanischen Automobilkonzern General Motors (GM). Bis 1931 übernahm GM das
- 35 Unternehmen dann vollständig. Hauptgrund war die hereinbrechende Weltwirtschaftskrise.

General Motors in der Krise

-Ansteigende Benzinpreise



Ende 2008: allg. Kaufzurückhaltung

-Finanzkrise 2008: Keine Kredite



Seit 2008: drohende Insolvenz



-Tochterunternehmen Saab geht in die Insolvenz
- Opel benötigt Staatshilfe in Höhe von 3,3 Milliarden Euro

1.b. Die Situation

- Der Mutterkonzern von Opel, General Motors (GM) hat in Amerika Autos hergestellt dessen Benzinverbrauch um ein Vielfaches höher war als der Durchschnittsverbrauch, eines in Deutschland produzierten Autos. Durch die, durch die von Amerika geführten Kriege, ansteigenden Ölpreise und damit angestiegenen Benzinpreise, verloren die von GM hergestellten Autos, wegen der immensen Kosten zunehmend an Attraktivität. Da GM es versäumte sich rechtzeitig an den Markt anzupassen und ebenfalls sparsame Autos zu produzieren, wie die Konkurrenz, ging sowohl der Absatz der Autos, als auch der Umsatz des Konzerns, zurück.
- Im Jahr 2007 machte das Unternehmen einen Verlust von 38,7 Mrd. US-\$. Im Jahr 2008 folgte ein weiterer Verlust von 30,9 Mrd. US-\$. Es war der vierte Milliardenverlust in Folge. Diese Verluste wurden jeweils durch Neuverschuldungen ausgeglichen. Nach der Finanzkrise 2008 findet sich keine Bank mehr, die bereit ist General Motors weitere Kredite zu gewähren. Wenn das Unternehmen nicht schnell staatliche Unterstützung erhält, ist die Insolvenz nicht mehr abzuwenden. Diese Insolvenz würde dann auch das in Europa ansässige Tochterunternehmen Opel GmbH treffen. Was speziell für Deutschland heißen würde, dass die Standorte Rüsselsheim, Bochum, Kaiserslautern, und Eisenach mit insgesamt ca. 25.000 Beschäftigten geschlossen werden würden. Zusätzlich würden nach Schätzungen weitere 25.000 Arbeitsplätze in den Zuliefererfirmen wegfallen.

Konzept von Opel

- Der Plan von Opel sieht vor, Opel als selbstständiges Unternehmen weiterzuführen. Also von General Motors loszulösen. Dafür benötigt das Unternehmen eine Einmalzahlung des Staates von 3,3 Mrd. Euro, sowie Nutzungsrechte einiger Patente von General Motors, für maximal zwei Jahre. Zusätzlich werden Kapitalbeteiligungen gesucht. Diese können sowohl von privater als auch von staatlicher Seite sein. Diese Beteiligung durch dritte soll in einem Rahmen von 25-50% liegen. Übernahmen von einzelnen Produktionsstätten durch dritte werden ebenfalls nicht ausgeschlossen.

4.

Mögliche Reaktion des Staates

- Für den Staat ist es aus mehreren Gründen nicht möglich die das Unternehmen Opel GmbH in gewünschtem Maße zu unterstützen.
- Natürlich wäre es tragisch eine Kultmarke wie Opel zu verlieren. Auch die drohende Arbeitslosigkeit ist ein Argument für eine Unterstützung von Opel. Vor allem da Opel ein an sich gesundes Unternehmen ist, dass durchaus eine Zukunft hätte.
- Dennoch wäre es eine massive Wettbewerbsverzerrung, wenn der Staat sich entweder an dem Unternehmen beteiligen würde, oder es finanziell unterstützt. Bei einer finanziellen Unterstützung, wäre nicht gewährleistet, dass das Geld nicht

auf Umwegen zu General Motors gelangt, oder Opel überhaupt retten würde. Ein weiterer Haken ist, dass General Motors die von Opel dringend benötigten Patente an den amerikanischen Staat als Sicherheit für weitere finanzielle Unterstützungen weitergegeben hat.

- 5 Und zu der Arbeitslosigkeit: Stellen werden so oder so abgebaut werden müssen. Denn jetzt schon hat Opel eine Überproduktion von 30% und das obwohl gerade dem Kleinwagenbauer Opel die staatliche Umweltprämie einen deutlich höheren Absatz beschert. Logisches Denken sagt einem, dass jeder der sich in den nächsten Jahren einen Opel gekauft hätte, dies jetzt tut. Somit wird der Absatz in den nächsten Jahren deutlich sinken. Opel hat aber jetzt schon eine Überproduktion von 30 %. Diese Überproduktion wird also noch weiter ansteigen, wenn nicht massive Stellenstreichungen vorgenommen werden. Betroffen wären geschätzte 50% der, in der Produktion, tätigen Mitarbeiter,
- 10 sowie einige Stellen bei den Zuliefererfirmen.
Mit den 3,3 Mrd. würde der Staat also bloß 25.000 Stellen retten, vorausgesetzt das Geld kommt überhaupt bei Opel an. Auf die nächsten Jahre gesehen, kosten 25.000 Arbeitslose den Staat nicht soviel wie die Rettung von Opel. Außerdem finde ich es schwer den ca. 3.5 Mio. Arbeitslosen in Deutschland zu erklären, dass für 25.000 Opelmitarbeiter 3,3 Mrd. Aufgewendet werden, für sie aber nicht einen Cent. Ein Beweggrund für den Staat könnte
- 15 natürlich sein, dass die Bevölkerung das Gefühl bekommt, dass sich der Staat um seine Bürger kümmert, und die Arbeitsplätze sichert. Dennoch bin ich der Meinung, dass sich der Steuerzahler mehr darüber freuen würde, wenn der Staat die 3,3 Mrd. dafür verwendet jedem Bürger 50 € auszuzahlen. Das würde auch die Wirtschaft deutlich mehr ankurbeln, als eine Opelunterstützung.
Wir sind also auch abschließend der Meinung Opel nicht zu unterstützen. Man sollte mal abwarten wie sich das weiter
- 20 entwickelt. Immerhin befinden sich in Deutschland vier teilweise kürzlich erst modernisierte Standorte. Warum sollte man also nicht abwarten, bis General Motors Insolvenz angemeldet hat, und die einzelnen Standorte sehr billig verkauft oder zwangsversteigert werden. Ich denke es ist keine Frage dass dort auch in Zukunft Autos produziert werden. Welche Marke auch immer. Die 3,3 Mrd. Sollten sinnvoller genutzt werden. Sie könnten beispielsweise in die Infrastruktur gesteckt werden.
- 25 Um vielleicht noch mal das Argument zu widerlegen, dass für die HypoRealEstate 100 Mrd. Euro aufgewendet wurden, für Opel aber keine 3,3 Mrd. mehr da sind, gibt es nur soviel zu sagen: Wäre die HypoRealEstate nicht gerettet worden, dann wären durch die vielen Vernetzungen und Beteiligungen nach und nach alle Banken pleite gegangen. Dies hätte zur Folge, dass sehr viele Unternehmen und Bürger pleite geworden wären. Und dies käme dem Zusammenbruch des gesamten Systems gleich, etwas übertrieben gesagt.
- 30 Außerdem: wenn man Opel unterstützt, dann müsste man auch Bäcker Heinze von um die Ecke unterstützen. Dessen Bank will ihm nämlich auch keinen Kredit mehr gewähren, und deshalb muss er nun Insolvenz anmelden, und ist nun arbeitslos. Und er brauchte bloß lächerliche 20.000 Euro...
Was einen an der ganzen Sache am meisten aufregen kann ist, dass der Chef von General Motors Opel, mit seinem Privatvermögen, ganz alleine retten könnte, ihn aber niemand zur Rechenschaft ziehen wird. Er wird egal wie die Krise
- 35 ausgehen wird, kein Geld verlieren. Am Ende trifft es wieder den „kleinen Mann“, also das schwächste Glied in der Kette, sowie den Steuerzahler.